Bezugspreise: Für Halle monatl. bei zweimal. Zustellung 15.– Mk., vierteljährl. 45.– Mk. einmal. Zustellung 5.– Mk., Postbezug (ohne Postbestellgeld) 15.– Mk. Ausgabestellen abgeholt 12.50 Mk. monatl., durch Austräger 15.– Mk. Zweigstellen bei täglich einmal. Zustellung 3.– Mk. u. Bestellgeld, durch die Post monatl. 15.– Mk., vierteljährl. 45.– Mk. ein schl. Zustellungsgebühr. Bestellung nehmen alle Postanstalten an. Fernspr. Zeitungsverzeichnis: Saale-Zeitung. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur m. Quellenang. „Saale-Zeitung" gestattet. Fernspr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigenabteilg. Nr. 1133 u. 1133, der Bezugsabteilg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Sechsundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene 31 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum für lokale Anzeigen 1.– Mk., f. ausw. 1.20 Mk. Familien- und kleine Anzeigen private Gelegenheitsankündigungen 50 Pf. Reklamen die 90 mm breite Millimeterzeile 4.– Mk. ausw. Bei Wiederholung Ermäßig. it. bes. Anzeigenbedingungen. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenexpeditionen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 1 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22815.

Nr. 10. **Halle, Freitag, den 6. Januar 1922.** **Einzelpreis 40 Pfg.**

Die Konferenz von Cannes.

Frankreichs Bündnissimmel.

Als in Washington die große Kulturfrage der Rüstungsverminderung gelöst werden sollte, da fuhr Herr Briand über den großen Teich nur in der Absicht, die Amerikaner für ein festes Bündnis zu gewinnen. Er hat sich sehr bald davon überzeugen müssen, daß die Amerikaner nicht das mindeste wissen wollen. Jetzt sitzt der französische Ministerpräsident in Cannes, wo zum ersten Male nach dem Friedensschluß von Versailles der Versuch gemacht werden soll, sich auf den Boden der Wirklichkeit und der Vernunft zurückzufinden. Große Probleme harren ihrer Lösung, aber das Frankreich von heute steht den Menschheitsfragen mit gähnender Verständnislosigkeit gegenüber. Herr Briand redet zu den Journalisten lediglich im Tone der Klage darüber, daß der Bündnisgedanke noch nicht vom Fleck gekommen sei, und die französische Presse stimmt im Chor dieser Klage des Ministerpräsidenten zu, erst soll England sich feierlichst jeder Brandstifterpolitik Frankreichs verschreiben, dann will man über eine Revision der Reparationen mit sich reden lassen. Aber dabei soll wiederum Frankreich keinen Centime nachlassen; denn sonst könnten die wilden Männer des Senats und die noch wilderen Männer der Kammer sich trotzdem einfallen lassen, Herrn Briand vom Sessel des Premiers zu stoßen.

Das ungefähr ist der allgemeine Eindruck am Vorabend der Konferenz von Cannes. Man wird eingestehen müssen, daß er nahezu trostlos anmutet. Es fragt sich jetzt, ob Lloyd George den Mut aufbringen wird, den Franzosen ihren Bündnissimmel einmal kräftig auszutreiben. Die Welt von heute braucht keine neuen Militärbündnisse und Koalitionen. Ihr Lebensinteresse erfordert eine tätige Zusammenarbeit und es ist geradezu hirnverbrannt, wie man in Frankreich sich gegenüber der täglichen Lehre von der weltwirtschaftlichen Solidarität Augen und Ohren verschließt und nur nach neuen Bündnissen greift.

*

Im „Intransigeant" stellt sein Vertreter in Cannes Vermutungen über den Preis an, den Frankreich für das von Briand angestrebte englisch-französische Bündnis zahlen müsse und kommt zu dem Schluß, die von England verlangte unerläßliche Voraussetzung sei die französische Abrüstung zu Lande und zur See, besonders die Unterdrückung der Unterseeboote. Frankreich habe in Amerika seit Briands Abreise diese Sympathien verloren und England werde in seiner Forderung zweifellos von Amerika unterstützt werden.

Die erste Vollsitzung.

Cannes, 6. Jan. Die erste Vollsitzung der Konferenz wird morgen Freitag 11 Uhr vormittags im Cercle Nautique unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Briand abgehalten werden. Sie wird sich mit der Prüfung der Probleme des wirtschaftlichen und finanziellen Aufbau Europas befassen. Die Frage der Reparation wird morgen nicht zur Sprache kommen, da die vorbereiteten Arbeiten der Sachverständigen noch nicht weit genug gefördert sind.

Der italienische Minister des Aeußern Marquis della Torretta ist gestern nachmittag ½3 Uhr in Cannes eingetroffen.

Am Nachmittag fand von 4—6 Uhr in der Villa Valetta eine neue Besprechung zwischen Briand und Lloyd George statt.

Ein holländisches Urteil.

Aus Amsterdam wird geschrieben:

„Die Kreditunwürdigkeit Deutschlands" ist nur deshalb vorhanden, weil nach Ueberzeugung der sachverständigen internationalen Großfinanz die ihm auferlegten Verpflichtungen unerfüllbar sind. „In dem Augenblick, in welchem die Fesseln gelockert oder gar beseitigt werden, ist Deutschlands Kreditwürdigkeit in mehr oder minder hohem Grade wieder vorhanden." Die Erkenntnis dieser Tatsache ist bereits ein großer Schritt vorwärts zur Lösung des deutschen Finanzproblems, das das Weltfinanzproblem geworden ist. Schneller als zu erwarten war, hat man den Wahnsinn der Reparationsforderungen und ihre vernichtende Wirkung für die Weltwirtschaft erkannt und versucht, unter Englands hoffentlich erfolgreicher Führung in letzter Stunde gutzumachen, was bisher gefehlt worden ist. An Frankreich liegt es nun wohl fast ausschließlich, ob Europa und die Welt gesunden oder noch mehr ins Chaos getrieben werden soll: eine ungeheure Verantwortung, die auf Paris lastet! —

Allein auch, wenn die Minister von Frankreich und England einig werden, wird die Sanierung nicht ohne schwere und drückende Bedingungen für Deutschland vor sich gehen. Falls jedoch Deutschland nicht nur von dem unmenschlichen Druck der auf ihm lastenden Verpflichtungen der allernächsten Wochen und Monate befreit, sondern das Gesamtproblem der internationalen Verschuldung aufgerollt und irgendwie gelöst werden sollte, würde dies eine solche Wohltat für die Weltwirtschaft, für die ganze Menschheit bedeuten, — weil dann wieder Hoffnung und Zuversicht in Handel und Wandel aufkommen könnten, — daß selbst Schwerstes für kurze Zeit erträglich scheint. Nichts aber wäre gefährlicher, als wenn man sich nunmehr einem auch nur bescheidenem Optimismus hingeben wollte. Denn man muß sich darüber klar sein, daß auch England durchaus im eigenen Interesse rein kaufmännisch die Hilfsaktion in die Hand nehmen wird.

Rückkehr Rathenaus nach Berlin.

Dr. Rathenau erklärte einem Journalisten in Paris, daß er Freitag abend nach Berlin abreist. Die „Chicago Tribune" schreibt, daß der Verzicht Dr. Rathenaus auf die Reise nach Cannes wie eine politische Sensation gewirkt habe. Dr. Rathenau war am Dienstag abend der Ehrengast des amerikanischen Vertreters bei der Reparationskommission, Boyden. Außer ihm waren noch ein Mitglied der amerikanischen Botschaft und der frühere Senator Lewis zugegen, mit denen Rathenau über wirtschaftliche Angelegenheiten sprach, die Deutschland und Amerika in gleicher Weise interessieren.

Verständigung über das Programm von Cannes.

Briand und Lloyd George.

W. **Cannes, 6. Jan.** Briand und Lloyd George verständigten sich über die Bedingungen, unter denen sich der Oberste Rat heute mit der Einberufung der Wirtschaftskonferenz beschäftigen wird. Sie werden ein Programm aufstellen, das Fragen politischen Inhaltes streng ausschließt. Die Arbeiten der Konferenz sollen ausschließlich wirtschaftliche und finanzielle sein. Sie wird besonders Mittel und Wege suchen müssen, die Wechselkurse zu verbessern und die Wiederaufnahme des Warenaustausches in die Wege zu leiten, also mit einem Wort, dem Welthandel größere Tätigkeit und Regelmäßigkeit zu sichern. Es ist wahrscheinlich, daß Deutschland und Rußland zu dieser Konferenz geladen werden.

Der Grund für die gestrigen unverbindlichen Vorbesprechungen zwischen den Delegierten war der Vorschlag Lloyd Georges. Da Deutschland nach kritischer Ansicht nicht in der Lage ist, die Beträge am 15. Januar und 15. Februar voll zu begleichen, so würde von ihm im Laufe des Jahres 1922 nur eine Gesamtsumme von 500 Millionen, zahlbar in monatlichen Raten von 125 Millionen von jetzt ab bis 15. April, verlangt werden. Die Hälfte dieses Betrages würde an Belgien fallen. England würde nur 60—80 Mill. erhalten. Italien, welches 180 Mill. erhalten sollte, würde ebenfalls bedeutende Opfer bringen müssen. Das Abkommen Loucheur-Rathenau würde von England auch angenommen und sofort für die erste Periode von drei Jahren in Kraft treten, während Frankreich von Deutschland Sachlieferungen im Werte von mehr als 1250 Millionen Goldmark für 1922 und 1500 Millionen Goldmark für 1923 und 1924 verlangen könnte. Das Finanzabkommen vom 30. August würde zu Frankreichs Gunsten geändert, besonders in der Abschätzung der Saargruben, deren Wert uns erst später durch die Reparationskommission in Rechnung gestellt würde. Das britische Projekt würde sich besonders auf die Zahlungen im Jahre 1922 beziehen. Es umfaßt gleichzeitig ein System von Garantien zur Ordnung der deutschen Finanzen. Das Garantiesystem schließt eine Kontrolle der Reichsbank, die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Eisenbahntarife und Besteuerung der deutschen Kohle, damit sie zum Weltmarktpreise verkauft werden, die Einschränkung des Papiergeldumlaufes und die Verwendung aller Devisen, die sich Deutschland durch die Ausfuhr verschaffte, für Reparationszwecke ein. Die Verwirklichung des Entwurfes von Lloyd George hänge ausschließlich von der Zustimmung Belgiens ab, dessen Vertreter einer Aenderung wenig Neigung entgegenbrachte. Frankreich schloß sich unter der Voraussetzung der Zustimmung Belgiens dem Vorschlag an.

Eine amerikanische Europabank?

Havas meldet aus Washington: Im Senat hat der demokratische Senator Owen die Gründung einer europäischen Bundesbank vorgeschlagen, die damit beauftragt sein soll, Europa mit dem nötigen Papiergeld gegen Golddeckung zu versehen. Diese Bank soll in Verbindung mit dem System der amerikanischen Bundesbanken arbeiten. Owen rät andererseits, die Rückzahlung der Kriegsschulden der Verbündeten auf eine Periode von 50 Jahren zu verteilen, die Zinsen während der ersten zehn Jahre auf 3 v. H. festzusetzen und die nicht bezahlten Zinsen zum Kapital zu schlagen.

Das Gold der deutschen Reichsbank.

In Berliner Börsenkreisen verlautet, daß ein Teil des Goldbestandes der Reichsbank in allernächster Zeit in das Ausland versandt werden soll, um Mittel für die Deckung der Reparationsleistungen zu schaffen. Das Gold würde auch für die Zukunft im Eigentum der Reichsbank bleiben. Es würde jedoch in den Ausweisen der Reichsbank als im Auslande befindliches Guthaben aufgeführt werden.

Vor Leipzig.

„Die Sozialdemokratie hat heute einen genau klappenden Verwaltungsapparat, eine trefflich geschulte Bürokratie, eine gut einexerzierte Mitgliedschaft; sie hat für jedes Uebel eine Programmforderung und für jede Lage ein Schlagwort; sie hat das Weltall sauber in Fächern und Kästen untergebracht und die Teile mit 1a1, 1a2 usw. bezeichnet, aber ist Sozialismus heute bei vielen nicht mehr eine Sache des Mitgliedsbuchs als ein aufwühlendes inneres Erlebnis? Sind unsere Anhänger wirklich ein neuer Menschenschlag: Sozialisten oder nur etwas Mechanisches: Organisierte? Die zweifelnde Frage umschließt schon die betrübliche Antwort: trotz des Mitgliederzustroms, der Regierungsfähigkeit, der Ministersessel dreht dem Sozialismus die Gefahr, statt einer lebendig wirkenden Macht eine seelenlose Maschine zu werden."

Der hier so zweifelnd fragt und so betrüblich antwortet, ist der frühere mehrheitssozialistische Reichstagsabg. Hermann Wendel in einem Artikel „Christfrieden und Hurrachristen" in der letzten Jahresnummer der von Parvus herausgegebenen „Glocke". Wenn Wendel hier auf die Verflachung in der Mehrheitssozialdemokratie, auf ihre auf Kosten der Intensität betriebene Extensität mit so bitteren Worten hinweist, so darf wohl die Frage aufgeworfen werden, ob nicht etwa diese Uebel an Tiefe und Ausdehnung gewinnen werden, wenn die angesichts des bevorstehenden Parteitags der Unabhängigen in der Presse beider sozialistischen Parteien so lebhaft erörterte sozialistische Einigung zustande käme. Leider aber ist zu befürchten, daß man in Verfolg der Machtpolitik, die doch letzten Endes der Leitgedanke des ganzen Einigungsstrebens ist, auf beiden Seiten weder Zeit noch Sinn für solche Selbstbesinnung finden wird. Bisher jedenfalls ist es nicht geschehen. Statt dessen ergreifen seit Wochen in der Presse beider Richtungen Freunde und Gegner der Einigung das Wort, unterwühlen das Für und Wider und schaffen damit einen Resonnanzboden für die Leipziger Verhandlungen. Die würden vielleicht trotz mancher zwischen den beiden Parteien sonst noch stehenden Differenzpunkte unschwer zu einem positiven Ergebnis führen, wenn nicht die von den Mehrheitssozialisten gepflogene Koalition mit bürgerlichen Parteien für einen großen Teil der Unabhängigen eine Schranke bilden würde, über die sie heute noch nicht hinwegkommen. Nicht weniger als 14 dem Parteitag vorliegende Anträge beschäftigen sich mit der Koalitionspolitik und stellen in mehr oder minder schroffer Form die sattsam bekannte Abneigung der Unabhängigen gegen positive Arbeit innerhalb einer Koalitionsregierung von neuem fest. In merkwürdiger Verkennung der Begriffe wird da u. a. gesagt, daß die äußere Form der Einheit wirkungslos bleibe und daß die Partei, die zur Einheit mit der USP. als „reif" anerkannt werden solle, künftig jegliche Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien abzulehnen habe. Es wird also völlig verkannt, daß Koalitionspolitik nicht Gesinnungs-, sondern Arbeitsgemeinschaft bedeutet, und nebenbei macht man sich bei den Unabhängigen keinen Augenblick Gedanken darüber, daß durch solche Ablehnung die Gefahr einer vollkommenen Ueberantwortung der Staatsgewalt an die reaktionären Parteien entstünde. Der linke Flügel der Unabhängigen hat also nichts gelernt und nichts vergessen und will jetzt in Leipzig das Leipziger Aktionsprogramm von neuem abstempeln. Für ihn ist auch nicht nur die Koalitionsfrage ein Stein des Anstoßes, sondern er hängt auch noch nach wie vor an dem Gedanken einer proletarischen Diktatur. Vergeblich müht sich der rechte Flügel, die Gruppe um Breitscheid und Hilferding, der anderen Seite den Koalitionsgedanken schmackhaft zu machen, und in der „Freiheit" hat sich sogar Otto Bauer, der stärkste Kopf der österreichischen Sozialdemokratie, die sich den Unabhängigen mehr verwandt fühlt als den Rechtssozialisten, bemüht, in langen Artikeln die zwingende Notwendigkeit darzul gen, warum zwischen 1918 und 1920 die österreichischen Genossen an Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Parteien beteiligt waren und heute noch durch eine zurückhaltende Opposition die Tätigkeit einer rein bürgerlichen Regierung ermöglichen; nämlich einfach deshalb weil nach Lage der Dinge sowohl eine bürgerliche wie eine proletarische Diktatur völlig unmöglich ist. Allein er predigt denen um Ledebour und Crispien vergeblich. Die Unerschütterlichkeit dieser Führer ist zu groß, und auch Herrn Scheidemanns Beschwörungsformeln wirken bei ihnen nicht mehr als die Paul Loebes und selbst Karl Kautskys.

Trotzdem wird sich die unabhängige Sozialdemokratie nicht mehr allzulange um eine klare Entscheidung drücken können. Die Blütenträume ihrer einst so großen Hoffnungen sind längst zerronnen und fast jede Wahl führt sie weiter dem Abstieg entgegen. Bei ihren besonnenen Anhängern schadet ihr das gelegentliche Liebäugeln mit den Kommunisten nicht minder wie ihr zähes Festhalten am Klassenkampf und an der Diktatur des Proletariats. Will sie sich nicht nach rechts entschließen, so wird ihr in absehbarer Zeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220106033/fragment/page=0001

nichts anderes übrig bleiben, als der von dem Kommunisten Paul Levy propagierten sozialrevolutionären Partei, wenn nicht gar den Kommunisten selbst sich anzuschließen. Man wird aber bezweifeln dürfen, ob es sie gelüsten wird, auf diesem Trümmerfeld, das von Tag zu Tag noch mehr zerfällt, ihr Haus zu bauen. In dem unfruchtbaren Sektierertum, das sie heute darstellt, kann sie jedenfalls nicht verharren. Vielmehr ist es an der Zeit, daß die Einigungsfrage aus dem Stadium theoretischer Erwägungen herauskommt. Deshalb würde der Leipziger Parteitag klug daran tun, wenn er die Partei nicht durch feste Beschlüsse in ihren Handeln binden wollte, damit sie nicht mit verschränkten Armen dastehen muß, wenn in nächster Zeit die gemeinschaftliche Not, welche die Politik des Hasses und der Gewalt uns gebracht hat, auch in ihr endlich die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Notgemeinschaft des deutschen Volkes aufgehen lassen sollte.

Der neue Eisenbahnetat.

Rund 66 Milliarden in Einnahme und Ausgabe. — Erhöhung der Gütertarife um 30 Prozent.

Der Haushalt der deutschen Reichsbahn für das Rechnungsjahr 1922 schließt im ordentlichen Haushalt bei den fortdauernden Ausgaben mit 65 998 628 000 Mark und in den Einnahmen mit derselben Summe ab. Der Zuschuß beim ordentlichen Haushalt, der 1921 (amt den Nachtragsetats) noch 10 835 013 900 Mark betragen hat, ist also vollständig entfallen; der Etat balanziert. Im außerordentlichen Haushalt sind vorgesehen an Ausgaben 6 789 259 000 Mark, an Einnahmen 6 500 000 Mark, so daß also ein Zuschuß von 6 782 759 000 Mark (gegen 35 631 013 900 Mark in 1921) erforderlich ist.

Nachdem es in den Vorjahren gelungen ist, die ordnungsmäßige Abwicklung des Betriebes und Verkehrs der Reichsbahn wieder sicherzustellen, bringt der Haushalt 1922 nach den allgemeinen Erläuterungen, die ihm beigegeben sind, auch die wirtschaftliche Gesundung des Unternehmens durch Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt.

Der Haushalt enthält alle Einnahmen und Ausgaben des Reichsbahnnetzes einschließlich seiner Nebenbetriebe; ferner entsprechend dem Artikel 92 der Reichsverfassung auch die Kosten der Verzinsung, Tilgung und Verwaltung der Eisenbahnschuld. Bei den persönlichen Kosten des ordentlichen Haushalts sind die dem Personal vom 1. August und vom 1. Oktober v. J. bewilligten Erhöhungen der Bezüge (also noch nicht die Erhöhungen aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks und der neuen Teuerungsaktion), bei den sächlichen Ausgaben die Mehrkosten veranschlagt, die sich aus der fortschreitenden Geldentwertung ergeben. Zur Deckung der Mehrkosten, ferner zur Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Haushalt sind Mehreinnahmen aus Tariferhöhungen vorgesehen. Bei der Aufstellung des Haushalts ist das in Vorbereitung befindliche Eisenbahnerfinanzgesetz nicht berücksichtigt.

Die Veranschlagung der Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr sowie aus dem Güterverkehr geht von der Annahme aus, daß das deutsche Wirtschaftsleben von länger dauernden Störungen weiterhin verschont bleibt. Demgemäß wird damit gerechnet, daß sich die Beanspruchung der Verkehrsleistungen ungehindert entwickelt und daß infolgedessen die getroffenen umfassenden Maßnahmen zur Hebung der Leistungsfähigkeit der Reichsbahn, insbesondere die bisherigen und die neu vorgesehenen hohen Aufwendungen zur Verbesserung und Erneuerung des Fahrparks voll zur Auswirkung kommen. Es erscheint deshalb dem Reichsverkehrsministerium vertretbar, eine allgemeine

Verkehrssteigerung von 5 v. H.

gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung von 1921 vorzusehen. Ferner sind für 1922 die im Laufe des Rechnungsjahres 1921 eingeführten oder bereits vorgesehenen Tariferhöhungen mit ihrem vollen Jahresertragnis zu veranschlagen. Die zum 1. Februar 1922 vorgesehene Erhöhung der Tarife für den Personen- und Gepäckverkehr soll um 25 v. H. auf 75 v. H. erhöht, für den Güterverkehr zum gleichen Zeitpunkt eine Tariferhöhung von 30 v. H. in Aussicht genommen werden. Unter Berücksichtigung dieser Erhöhungen und der erwarteten Verkehrszunahme ergibt sich für das Rechnungsjahr 1922 eine Jahresannahme beim Personen- und Gepäckverkehr von 11 600 000 000 Mark, beim Güterverkehr von 52 600 000 000 Mark, das sind gegenüber der Wirklichkeit von 1920 mehr 47 421 984 250 Mark, gegenüber dem Haushalt 1921 mehr 31 200 000 000 Mark. In dem Ansatz für den Personenverkehr sind auch die Beträge enthalten, die von anderen Behörden als Erstattungen für Berechtigungsscheine zu freier Fahrt zufließen. In der Ueberlassung von Bahnanlagen und Leistungen für dritte sollen 737 Millionen (gegenüber 1921 mehr 472½ Millionen) erzielt werden. Die Erträge aus Veräußerungen werden mit 826 Millionen (mehr 456 Millionen) angesetzt. In den „verschiedenen Einnahmen" (Pacht- und Mietzinsen Brücken- und Fährgeld, Werft- und Hafengebühren usw.) hofft man 58 Millionen Mark mehr zu erzielen.

Bei den Personalausgaben sind neue planmäßige Stellen nur zu dem Zwecke ausgebracht, um außerplanmäßige Beamte und technische Angestellte, die schon einige Reihe von Jahren ständig und ausschließlich Beamtendienst verrichten, in planmäßige Stellen zu überführen, insgesamt 13 879 Stellen, darunter 881 Bahnwärter, 6772 Eisenbahnschaffner, 319 Rottenführer, 3504 Weichenwärter, 455 Kanzleiaufseher, 44 Aufseher im Sicherungsdienst, 193 Wagenaufseher, 753 Betriebsassistenten, 90 Werkführer, 40 Eisenbahnassistentinnen usw. Die Zahl der Verzahnungsstellen wird erhöht bei den Werkführern mit Rücksicht auf die fortschreitende Neuorganisation des Werkstättendienstes, bei den übrigen zur Schaffung vermehrter Aufrückungsmöglichkeiten.

Die Mehrausgabe im ordentlichen Haushalt gegenüber 1921 folgt außerdem aus der Neuregelung und Erhöhung der Bezüge der Pensionäre und Hinterbliebenen sowie der Angestellten und Arbeiter, ferner aus der Preissteigerung bei den sächlichen Ausgaben. Eine weitere Mehrausgabe entsteht beim Schuldendienst, hervorgerufen durch das Anwachsen der Eisenbahnschuld infolge der Fehlbeträge der Vorjahre im ordentlichen und des Anleihebedarfs im außerordentlichen Haushalt.

Die Mehreinnahme im außerordentlichen Haushalt ist die Folge größerer Erlöse aus dem Verkauf von Eisenbahnmaterialstücken.

Der Rückgang bei den Ausgaben des

außerordentlichen Haushalts

beruht darauf, daß wegen der schwierigen finanziellen Lage der Eisenbahnverwaltung alle aufschiebbaren Bauten zurückgestellt worden sind und auch für Fahrzeugbeschaffungen mit geringeren Mitteln als im Vorjahr ausgekommen werden soll. Hieraus erklärt sich ein Rückgang der Ausgabe um rund 1,8 Milliarde Mark. Der weitere Rückgang im Betrage von 16,2 Milliarden Mk. ist darauf zurückzuführen, daß im Vorjahr ein größerer Teil des Erwerbspreises der Bahnen, und zwar der durch Uebernahme schwebender Schulden der Länder zu deckende Teil, im außerordentlichen Haushalte veranschlagt war.

Der Geldbedarf im außerordentlichen Haushalt in Höhe von 6 782 759 000 Mark muß im Wege des Kredits flüssig gemacht werden.

Der Personalbestand

soll 1922 betragen 997 655, worunter 401 023 planmäßige Beamte und 53 389 außerplanmäßige sowie 880 Angestellte.

Die Bahn- (Eigentums-) Länge des Reichsbahnnetzes wird am Anfang des Rechnungsjahres 1922 voraussichtlich betragen (ohne die in fremde Verwaltung übergegangenen Strecken des Saargebietes mit 439,96 Kilometer) 53 285,85 Kilometer (worunter 31 200 Kilometer Haupt-, 21 091 Kilometer Neben- und 1063 Kilometer Schmalspurbahnen). Dazu werden 1922 durch Neueröffnung 131,40 Kilometer hinzutreten.

Das Reichsverkehrsministerium will mit Nachdruck versuchen, das nunmehr festgestellte Gleichgewicht im ordentlichen Haushalt zu erhalten. Zu diesem Zweck soll den Folgen einer weiteren Geldentwertung durch jeweils sofortige Anpassung der Tarife begegnet werden. Im übrigen soll durch Fortsetzung und weitere Ausgestaltung der Sparmaßnahmen der Verwaltung die Betriebsführung wirtschaftlicher gestaltet werden. Die Wirkungen der Sparmaßnahmen können jedoch nur allmählich in Erscheinung treten; ihre Ergebnisse werden bei der künftigen Tarifgestaltung berücksichtigt werden.

Deutsches Reich.

Neue Verhandlungen mit den Beamten. Wie schon kurz mitgeteilt, haben im Reichsfinanzministerium neue Besprechungen zwischen Vertretern der Beamten und Arbeiter des Reiches und der Länder stattgefunden. Man hat sich diesmal zunächst mit den Arbeiterfragen befaßt, da zweifellos für die Staatsarbeiter in den besonders teuren Orten des Reiches eine ausgesprochene Notlage besteht. Das gilt in besonderem Maße vom Industrierevier, aber auch vom besetzten Gebiet. Es ist bemerkenswert, daß diesen Verhandlungen fixierte Anträge der Beamten oder Arbeiterverbände hinsichtlich der Gehaltsregelung nicht zugrunde liegen. Es sollen jedoch bei den jetzigen Verhandlungen nicht nur Gehaltsfragen erörtert werden, sondern man will sich auch über die Amtsbezeichnungen unterhalten. Die Regierung möchte Aenderungen in den Amtsbezeichnungen auf dem Verwaltungswege nicht vornehmen. Diesen müßten vielmehr der Gesetzgebung vorbehalten bleiben, die man aber im Augenblick der parlamentarischen Ferien nicht in Anspruch nehmen kann. Sehr ausführlich dürfte auch die Frage der künftigen Laufbahn der Beamten erörtert werden. Hier hat jüngst der Beamtenausschuß des Reichstages allgemein gültige Grundsätze beschlossen. Die Aufstellung der Grundsätze für die Laufbahn der Beamten soll nach Vereinbarung mit den Beamtenorganisationen erfolgen, und dem Reichstage soll das Recht der Nachprüfung zustehen.

Kunst und Wissenschaft.

Professor Berthold Delbrück, der bekannte Jenaer Sprachforscher, ist in Jena im Alter von 80 Jahren gestorben. Im Verein mit Brugmann, dem berühmten Leipziger Indogermanisten, schuf er die grundlegende Vergleichende Grammatik der indogermanischen Sprachen, für die er die „Syntax" in drei Bänden bearbeitete (1883—1900). Seine „Grundfragen der Sprachforschung" (1901) wandten sich im Sinne des hohen verstorbenen Germanisten Hermann Paul gegen Wundts Standpunkt in seiner Völkerpsychologie. In populärer Form ist seine „Einleitung in das Sprachstudium" (1880) gehalten. Professor Delbrück, ein Vetter des verstorbenen Ministers, wurde zu Putbus auf Rügen geboren und lehrte 1870—1913 in Jena. Sein einziger Sohn ist der Archäologe Richard Delbrück, langjähriger Sekretär des deutschen archäologischen Instituts in Rom.

Alfred Kröner †. Nach kurzer, schwerer Krankheit ist im 61. Lebensjahre Geh. Hofrat Alfred Kröner, der Inhaber des weitbekannten Kröner-Verlagshauses, in Berlin, wo er zu Besuch weilte, im Charité-Krankenhause verschieden. Alfred Kröner, ein Sohn von Adolf Kröner, dem verstorbenen Besitzer der Cottaschen Buchhandlung, hat in seinem Verlage in Leipzig (seit einigen Jahren in Stuttgart) vor allem die philosophische Wissenschaft gepflegt. Er hatte nach und nach die bedeutendsten Werke von Nietzsche, Wundt und Haeckel in seinem Hause vereinigt. Auch der älteren philosophischen Literatur, namentlich den Schriften Spinozas, wandte er seine Aufmerksamkeit zu. Vor längerer Zeit hatte Alfred Kröner von seinem Schwager E. A. Seemann in Leipzig zugleich hervorragende Verlagswerke der Kunstliteratur übernommen, darunter Burckhardts „Cicerone" und Springer's Handbuch der Kunstgeschichte. Eine der vornehmsten Erscheinungen des deutschen Verlagsbuchhandels ist mit ihm dahingegangen.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung", Sonnabend 7. Januar. Inhalt: Die verhexte Stadt. Eine lustige Spitzbubengeschichte von Karl Ettinger. — Der Werwolfgürtel. Von Hans Franck. — Die Haarprobe. Von Hans Runge. — Literatur.

Alpdrücken.

Von

Hans Bauer.

(Nachdruck verboten.)

Einer kommt in mein Zimmer. Sagt: Horche auf, Hans Bauer! Du wirst in Deiner Stube derart eingeschlossen, daß Du Dich mit keinem Menschen der Welt mehr in Verbindung setzen kannst und bekommst einen Zettel. Es ist jetzt 12 Uhr nachts. Bis 1 Uhr nachts mußt Du auf den Zettel entweder das Wort Klamotte oder Panoptikum geschrieben haben. Punkt 1 Uhr wird Dein Zettel und werden die von neun Anderen eingesammelt. Es muß sich dann auf den 10 Zetteln 1mal das Wort Klamotte und 9mal das Wort Panoptikum finden. Trifft das ein, so kriegt jeder von Euch 100 Millionen auf den Tisch gelegt. Steht aber auf gar keinem Zettel das Wort Klamotte oder auf zweien und mehr, dann werdet ihr alle 10 in dieser Nacht noch erläuft.

Ich will an den unheimlichen Kerl Fragen richten. Da ist er aber schon verschwunden und auf meinem Tisch liegt nur noch sein Zettel. Ich überlege: Klamotte oder Panoptikum? Und erwäge, daß irgendwelche 9 anders jetzt genau so überlegen wie ich.

Ich werde natürlich Panoptikum schreiben. Von uns 10 darf ja nur einer Klamotte wählen. Freilich: wenn ich jetzt Panoptikum schreibe, wer garantiert mir, daß nicht alle so denken wie ich und daß gar keiner Klamotte schreibt. Und dann wir dann alle erläuft werden.

Ganz gewiß: Sie werden es alle mit dem Panoptikum halten. Aus der Ueberlegung heraus, daß das ja 9mal, Klamotte aber nur 1mal vorkommen darf. Oder ob sie, die anderen, am Ende auch wie ich kalkulieren, sich die legen, daß, weil Panoptikum 9mal dastehen muß, die jeweiligen 9 anderen alle Panoptikum schreiben und sie diejenigen zu sein haben, die Klamotte setzen müssen ... Dann steht Klamotte am Ende 10mal, Panoptikum aber überhaupt nicht auf den Zetteln. Deshalb ich natürlich einfach Panoptikum schreiben werde..... Was sich die anderen nach dieser Ueberlegung aber wohl auch sagen und Klamotte wie die Pest meiden. Und es werden deshalb alle Panoptikum schreiben. Weshalb ich als der einzige schleunigst Klamotte niederlegen muß ..... Ein Wirbelsturm von Gedanken verwüstet mein Gehirn. Ich fühle es durch die Wände meiner Stube hindurch: Alles, alles das, was ich eben denke, — alles, alles das denken 9 andere genau ebenso. Ich kann nicht anders als sie, sie können nichts Anderes als ich denken. Ein schreckliches Grausen überfällt mich: Wir werden alle das Gleiche schreiben! Entweder 10mal Panoptikum oder 10mal Klamotte. Oder ob doch ..... doch einer darunter ist, dem die Feder ausrutscht, der, wenn 9mal Panoptikum bei den anderen steht, aus purer Verrücktheit heraus, aus Anormalität seiner Ganglinien heraus Klamotte schreibt? Gibt es ihn? Soll ich er sein?

Panoptikum — Klamotte. 9mal — 1mal. Millionen — erlauten. Neun Millionen Klamotten erläuten einmal im Panoptikum.

Ha! Jetzt schreib' ichs in einem Zuge hin: Panoptikum. Also: Angesetzt: P..... Nein, nein, nein, nein! Nimmermehr! Klamotte sei gewählt! Denn die anderen, die anderen..... Denn, denn ..... was tun die anderen?

Was würden Sie in dem Falle tun? Lassen Sie es mich wissen, daß ich in künftigen Nächten schweren Träumens meiner Seele besser Rat weiß.

*

Ich sitze in einem Weinlokal. In einem Weinlokal, in dem ich noch nie gewesen bin. Um mich sitzen 6 Frauen. 6 Frauen, wie ich sie kennen gelernt habe. Die Frauen prosten mir zu und bestellen und bestellen, daß mich eine fürchterliche Angst überfällt: Wer soll denn das alles bezahlen? Wer! Ich? Für 6 bratenessende und weintrinkende Frauen soll ich bezahlen?

Da verwandelt sich das Gesicht der hübschesten der Frauen in das einer weißhaarigen Matrone und ich höre: Morgen wird an Dich ein großer Geldbetrag ausgezahlt werden, wenn die Zeche, die Du heute bezahlen mußt, mindestens ein Drittel dieses Betrages ausmacht. Tut sie das nicht, dann wirst Du niemals in Deinem Leben mehr von diesem Betrag etwas hören. Schon ist das Gesicht wieder jung und rosenfrisch.

Ich sinne: Ein großer Betrag! Wie groß? 10 000, 50 000, 100 000 Mark? Was wird die Zeche ausmachen? 1000 Mark vielleicht. Wie, — dies Geld soll ich morgen wieder bekommen und noch mehr dazu! Und die Bedingung soll nur ein, daß ich noch mehr ausgebe! Mindestens ein Drittel! Gemacht — gemacht! Es wird einfach mit Sekt bezahlt. Ich rufe dem Kellner zu: Sieben Flaschen Sekt! Sieben Portionen gerösteter Kaviar-Schnitte. Da sollte doch ..... das müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir das nicht kriegten. Soll sie doch 6000 Mark machen, die Zeche. Hm. Sechstausend Mark. Schön. Indessen: Wenn der ganze Betrag nun bloß 5000 Mark ausmachte! Dann verschwende ich hier drauflos und habe morgen das Nachsehen. Andererseits: Es war von einem großen Betrag die Rede. 5000 Mark, das ist doch kein großer Betrag. Was sind, frage ich heute 5000 Mark! Nein, nein: es wird sich um 30, 40, 50 000 Mark handeln. Aber dann ... dann müßte ich ja eine Zeche von 10—20 000 Mark machen. Und das geht doch garnicht. So viel läßt sich doch einfach nicht durchbringen. Auch mit 6 Frauen nicht. Selbst eine Flasche besten Sektes kostet hier leider, leider nicht über 500 Mark. Mehr als eine Flasche kann ein einzelner davon keinesfalls vertragen. Das ganze Lokal einladen? Das ist schwerer getan als es sich im Kino ausnimmt. Einige würden beleidigt sein. Einige mich für verrückt halten. Einige glauben, daß ich ein Verbrechen begangen habe. Und dann: Wenn der „große Betrag" doch nur 10 oder 5000 Mark ausmachte oder gar noch weniger! Ueberhaupt: So häßlich sich das zuerst anhörte, — diese Geschichte war doch verflucht zweifelneidig. — Ganz exakt gedacht: Ein großer Betrag! Das konnte ein Betrag zwischen 3 und 100 000 Mark sein. Weniger konnte nicht mit gutem Gewissen mehr als „großer Betrag" bezeichnet werden. Und darüber hinaus hätte die Summe eine noch imponierendere Bezeichnung verdient. Also schön: zwischen 3- und 100 000 Mark schwankte der Betrag. Sollte ich auf alle Fälle 33 000 Mark ausgeben — und morgen dann vielleicht nur 3000 Mark kriegen, oder sollte ich es mit dem genug sein lassen, was ich zu bezahlen hatte — und dann morgen garnichts bekommen? Es genug sein lassen. Es um Himmelswillen genug sein lassen! Schreit etwas in mir auf. Die Matrone von vorhin wollte dir böse, rede ich mir ein. Ueberlege, daß die Gefahr, der du dich aussetzest, in keinem Verhältnis zu dem möglichen Gewinn steht, und daß du viel wahrscheinlicher Geld verlierst als gewinnst.

Ich verlange die Rechnung. Sie beträgt 4980,50 Mark. 4980,50 Mark ..... Ein fürchterlicher Verdacht zündet in mir hoch: Der große Betrag macht runde 15 000 Mark. Ich werde ihn einbüßen, weil ich nicht noch für lappige 19,50 Mark bestellt habe. Es ist eine ausgesteinte Bosheit, daß der Kellner 4980,50 und nicht 5000 schrieb. Er steckt mit den finsteren Mächten im Bunde, die mich verderben wollen. Da erinnere ich mich, daß ich ja noch Trinkgeld geben kann. Ich werde 100,— Mark Trinkgeld geben. Aber dann ..... dann würde an dem Drittel von 17 000 Mark noch eine lächerliche Kleinigkeit fehlen. Und der Betrag macht natürlich 17 000 und nicht 15 000 Mark. Ich werde 1000 Mark Trinkgeld geben. Ach: alles, alles ist ja Unsinn, Betrug, Fahrlässigkeit. Der Betrag heißt 30 000 Mark. Und ich muß, muß noch 4000 Mark verpassen. Auf irgendwelche Weise. Man soll mich nicht fangen. Nicht auf so plumpe Weise.

Ich bestelle neu. Immer, wenn ich wieder bezahlen will, packt mich eine namenlose Furcht, daß das Drittel noch nicht erreicht ist, daß eine Winzigkeit: 100 Mark, 10 Mark, 1 Mark, daß 1 Pfennig an dem Drittel fehlt. Aber der Pfennig ist nie, nie zu fassen. Klettert immer höher. Richert. Grinst. Lockt.

Frühmorgens macht die Zeche 25 000 Mark. Ich zahle. Gehe nach Hause. Lege mich nieder. Warte auf den Geldbriefträger. Um Neun muß er kommen, wenn er überhaupt kommt.

5 vor Neun. 3 vor Neun. 1 vor Neun. Neun. Mein Herz klopft in rasenden Schlägen. Mein Atem ist abgewürgt. Wie ich wirklich aufwache, überfällt mich eine große Sehnsucht. Nicht nach imaginären 75 000 Mark. Nur nach realen 25 000 Mark, die ich einbüßen zu können die Möglichkeit haben möchte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220106033/fragment/page=0002